

Beschluss (vorläufig; Stand: 15.05.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 2

Die Zukunft ist erneuerbar – Mit neuer Energie gegen Atom, Kohle und Wirtschaftskrise

Die große Koalition redet vom Klima. Wir handeln. Wir sind bereits für den Wechsel von Atom, Kohle, Öl und Erdgas zu erneuerbaren Energien eingetreten, als für andere Parteien mehr Wachstum oder weniger Steuern zählte.

Die Folgen des Klimawandels sind schon heute spürbar. Andere Regionen der Welt leiden bereits massiv unter Hitzewellen, Versteppung, Orkanen und Überschwemmungen, verursacht durch die Klimazerstörung. Und der Klimawandel macht auch vor unserer eigenen Haustür nicht halt. Bauern in Brandenburg sind von andauernder Trockenheit bedroht, in den Alpen schmelzen die Gletscher. Die Jahrhunderthochwasser der letzten Jahre sind unvergessen. An der Nordseeküste entwickeln Kommunen neue Pläne für höhere Deiche zum Schutz vor stärkeren Stürmen. Das alles ist erst ein Vorspiel für das, was kommen wird, wenn wir jetzt nicht handeln.

Klimaschutz ist kein Luxus für gute Zeiten. Er ist (über-)lebensnotwendig. Wir Grüne stehen ohne Wenn und Aber zum Ziel, die globale Erwärmung in diesem Jahrhundert auf ein Minimum zu begrenzen. Alle Industriestaaten müssen dafür ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um deutlich mehr als 80% reduzieren. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse legen sogar nahe, dass bis zu 95% Reduktion des Klimaausstoßes der Industriestaaten nötig sein wird. Bis 2020 wollen wir in Deutschland mindestens minus 40 Prozent im Verhältnis zu 1990 erreichen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir dieses Ziel zur Minderung der Treibhausgasemissionen verbindlich festschreiben und das Erreichen des Zielpfades überwachen. Wir wollen dabei auch dem britischen Beispiel folgen und für alle Ministerien eigene Emissionsvorgaben („Carbon Budgets“) einführen, über deren Einhaltung die verantwortlichen MinisterInnen Bericht erstatten müssen. Bis 2040 wollen wir in Deutschland 100% der Energie aus erneuerbaren Quellen bereitstellen, in der Stromerzeugung wollen wir dieses Ziel schon bis 2030 erreichen. Gerade in der Wirtschaftskrise dürfen wir den Klimaschutz nicht hintenan stellen. Spätestens seit dem Bericht von Nicholas Stern, der die Kosten für unterlassenen Klimaschutz errechnet hat, wissen wir: Klima- und Umweltschutz zahlen sich auch unter ökonomischen Gesichtspunkten aus. Die Folgen des unbremsten Klimawandels könnte uns nach seriösen Berechnungen bis zu 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes kosten. Klimaschutz kostet zwar auch Geld, aber nur ein Bruchteil davon.

Es ist an der Zeit, die Chance in der Krise zu nutzen und unser Wirtschaften auf das Ende des fossilen Zeitalters umzustellen. Die Bundesregierung hat hier auf ganzer Linie versagt. Von der

angeblichen Klima-Kanzlerin ist nichts geblieben, stattdessen hat sie gemeinsam mit dem Umwelt- und Wirtschaftsminister in Brüssel die Lobbypolitik der deutschen Auto- und Energiewirtschaft betrieben. Und in Berlin hat sie fünf Milliarden Euro Zuschuss für Autokäufe bereitgestellt, die an keinerlei Klimaschutzauflagen gebunden sind. Statt Anreizen für sparsame Autos der Zukunft erhalten die Automobilkonzerne eine Belohnung für ihre falsche Modellpolitik.

Eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik mindert nicht nur die Kosten in der Zukunft. Sie rechnet sich auch heute schon: 1,8 Millionen Beschäftigte zählt die Umweltwirtschaft inzwischen. Mehr als 250.000 Menschen arbeiten allein im Bereich der erneuerbaren Energien, mehr als in der Kohlewirtschaft. In Ostdeutschland ist die Solarindustrie längst von der Nischen- zur Leitbranche geworden. Nirgendwo in Europa werden mehr Photovoltaikbauteile produziert. Die Energiewende ist zum Jobmotor geworden. Aktuelle Studien belegen, dass die Umwelttechnologie zur neuen Leitindustrie wird mit erheblichem weiteren Beschäftigungspotential. Allein im Klimaschutz werden für die kommenden Jahre über eine halbe Millionen neuer Jobs prognostiziert.

Klimaschutz ist ein Schlüssel für mehr Gerechtigkeit, global und lokal. Von den Folgen des Klimawandels und einer falschen Energiepolitik sind immer die Schwachen zuerst und am härtesten betroffen – ob in den Entwicklungsländern, in New Orleans oder in Deutschland. Deshalb zielt unsere Politik der ökologischen Fairness darauf, dass auch und zuvorderst die Schwachen profitieren. Wir wollen, dass bei uns in Deutschland alle Bürgerinnen und Bürger in wärmegeprägten Wohnungen und hocheffizienten Wohnungen leben, sich energieeffiziente Haushaltsgeräte leisten können und bezahlbaren Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität haben, um nicht immer mehr Geld ihres Haushaltseinkommens durch unsere Abhängigkeit von teuren fossilen Energieträgern zu verlieren.

Klimaschutz sichert und schafft Freiheit. Wir müssen jetzt das Klima schützen, sonst werden wir morgen zu Getriebenen und verlieren die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben. Deshalb gehört der Klimaschutz als Staatsziel ins Grundgesetz. Wir GRÜNE kämpfen für Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Wir wollen weg vom Öl, weg von Kohle und Uran. Wir wollen in den Städten wieder atmen können und frei von Feinstaub und Lärmbelästigung leben. Wir wollen Mobilität für alle, statt im Stau festzusitzen – mit intelligenten Verkehrskonzepten und nachhaltiger Mobilität.

Deswegen sind eine neue Energiepolitik und der Umwelt- und Klimaschutz das Herzstück eines grünen Neuen Gesellschaftsvertrages. Öffentliche Investitionen und die Rahmenbedingungen für den Markt müssen darauf ausgerichtet sein, den Umstieg vom fossil-atomaren in das solare Zeitalter so schnell wie möglich zu schaffen. Zum Erhalt unserer eigenen Lebensgrundlagen und mit Blick auf nachfolgende Generationen müssen wir das Klima genauso schützen wie auch die biologische Vielfalt, Luft, Wasser und Boden. Zugleich legen wir damit die Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und für Beschäftigungswachstum in wichtigen Zukunftsindustrien.

Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wird endlich Schluss damit gemacht, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales gegeneinander ausgespielt werden. Mit uns wächst zusammen, was zusammen gehört: Klima, Gerechtigkeit und Freiheit.

Neue Energie ...

Warum Geld für den Import von Öl, Kohle und Gas ausgeben, wenn sich das Geld besser investieren lässt? Im Jahr 2008 haben wir die unglaubliche Summe von 100 Milliarden Euro für den Import von Öl, Kohle, Gas und Uran ausgegeben. Dieses Geld lässt sich besser anlegen. Die Sonne schickt uns keine Rechnung. Der Neue Gesellschaftsvertrag heißt für uns: Schritt für Schritt vollständig auf Erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geother-

mie umzustellen und die Energieeffizienz deutlich zu steigern. Das lohnt sich dreifach: Es schützt das Klima, schafft Jobs, stärkt die regionale Wirtschaft und nützt Handwerk und Mittelstand. Bis 2020 setzen wir auf einen Anteil von mindestens 40% bei der Stromproduktion und 30% bei der Wärmeproduktion. Der Erfolg gibt uns Recht. Bis Ende 2008 haben wir durch das von uns im Jahr 2000 durchgesetzte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits mehr als 15% beim Strom erreicht. Die Grundlage dafür haben wir im Jahr 2000 mit dem Erneuerbaren Energie-Gesetz gelegt. Das EEG ist inzwischen zum weltweiten Modell für erfolgreiche Energiepolitik geworden und muss erhalten bleiben. Den Ausbau der Netze wollen wir durch bessere Bedingungen für Erdkabel erleichtern und beschleunigen. Wir wollen einen weiteren starken Ausbau der erneuerbaren Energien. Bestehende bauplanerische Hindernisse wollen wir unter Wahrung der Naturschutzbelange ausräumen.

Weil der Klimawandel schneller voranschreitet als noch vor wenigen Jahren vorhergesagt, müssen wir viel mehr tun. Der nächste große Schritt muss folgen. Nach dem Boom beim Strom muss nun der Boom bei der Wärme folgen. Immer mehr Ortschaften stellen inzwischen ihre Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Quellen um. Sie beziehen Energie von ihren Bauern, die Biomasse von Feldern und Wäldern zu Strom und Wärme machen. Diesen Pionieren sollen viele Orte folgen. Wir wollen ein Wärmegesetz, das auch im Gebäudebestand die Nutzung erneuerbarer Energien vorgibt. Mit ihrem nur auf wenige Neubauten beschränkten Gesetz ist die große Koalition auch hier zu kurz gesprungen. Wir wollen eine effiziente Wärmeversorgung und vor allem keine Abwärme aus industriellen Prozessen mehr vergeuden, sondern sie über den Ausbau der Wärmenetze nutzbar machen. Wir wollen eine Verpflichtung zur Nachrüstung aller Gebäude auf mindestens 20 % erneuerbare Wärme bis 2020, weil das auf Dauer Kosten spart. Damit die Umstellung heute bereits bezahlbar wird, wollen wir ein umfassendes Finanzprogramm für die energetische Gebäudesanierung, das Hausbesitzern auch direkte Zuschüsse bietet. Darüber hinaus wollen wir Energiespar-Dienstleistungen erleichtern. Wir wollen die EU zu einer Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (EURENEW), Energieeinsparung und Energieeffizienz machen. Sie soll Prioritäten neu setzen und Impuls für eine moderne und intelligente Stromerzeugung und -nutzung im 21. Jahrhundert sein.

Damit der Wind aus dem Norden und die Sonne aus dem Süden die Haushalte im ganzen Land erreichen, ist es notwendig, unsere Stromnetze zu erneuern und intelligenter zu machen. Mit einem „Masterplan Netzintegration“ wollen wir ein intelligentes Stromnetz mit optimaler Integration erneuerbarer Energien schaffen sowie den Bau eines europaweiten Hochspannungsgleichstrom-Netzes (HGÜ) zum Transport von Strom aus erneuerbaren Energien voranbringen. Im EEG wollen wir neue Regelungen für die Förderung von Kombikraftwerken inklusive Speicher verankern und so weitere Anreize für den Umbau der Netze und den Ausbau erneuerbarer Energien schaffen. Die Energienetze gehören in die Hand einer konzernunabhängigen Deutschen Netzgesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung und Regulierung. Nur so sichern wir den diskriminierungsfreien Zugang für die Erneuerbaren Energien. Auf der Verteilnetzebene ist das am Besten von bürgernah orientierten Stadtwerken leistbar.

Energiesparen ist einer der schnellsten Wege, das Klima zu schützen und den Geldbeutel von hohen Energiekosten zu entlasten. Unser Umgang mit Energie ist gekennzeichnet durch eine unglaubliche Verschwendung. Eine Glühbirne macht nur 3 % der eingesetzten Energie zu Licht, Häuser lassen bis zu 90 % der Heizenergie ungenutzt nach außen entweichen, drei Viertel der Energie in Kraftstoffen geht im Verbrennungsmotor als Abwärme verloren. Zu all diesen Verschwendungsproblemen gibt es technische Lösungen, die nahezu verlustfrei dasselbe leisten.

Energiesparlampen, Niedrigstenergiehaus oder Elektromotoren reduzieren die Verluste, so dass wir auf Kohle, Öl und Gas verzichten können.

... mit Atomausstieg ...

Am 27. September entscheiden Sie auch über den Atomausstieg. CDU/CSU und FDP wollen eine Renaissance der Atomenergie. Mit uns gibt es kein zurück in diese gefährliche Risikotechnologie. Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dafür die verlässliche politische Kraft! Wir setzen den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fort. Nach dem Atomausstiegsgesetz werden in der kommenden Legislaturperiode bis zu sieben Atomkraftwerke abgeschaltet. Alte, besonders riskante Meiler wollen wir vorzeitig vom Netz nehmen. Der Umbau unserer Energieversorgung zu mehr Effizienz und erneuerbaren Energien wird umso schneller gelingen, je früher die unflexiblen, nuklearen Großkraftwerke vom Netz genommen werden. Es ist eine Lüge, dass Atomkraft den Strom billiger macht. Es stimmt auch nicht, dass der Ausstieg eine "Stromlücke" schafft. Die leidige Diskussion um Laufzeitverlängerung ist reiner Machtpoker von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Diese vier Konzerne verdienen sich schon heute mit ihren abgeschriebenen und veralteten Kraftwerken eine goldene Nase, während sie zugleich die Strompreise erhöhen. Jeder Tag Verlängerung bedeutet für sie bares Geld, eine Millionen Euro am Tag für jedes AKW, aber für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet er weniger Sicherheit.

Die Gefahren der Atomkraft bestehen unverändert fort und es sind sogar neue hinzugekommen: Die Gefahr des militärischen Missbrauchs ist von der zivilen Nutzung nicht zu trennen. Wer über die Fähigkeit zur Urananreicherung oder zur Wiederaufbereitung von Plutonium verfügt, ist grundsätzlich in der Lage, Atomwaffen herzustellen. Nordkorea, Pakistan, Israel und Indien haben es vorgemacht. Wir GRÜNE setzen uns für einen weltweiten Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie ein. Die Sicherheitsprobleme steigen mit zunehmendem Alter der Reaktoren. Gerade die ältesten Meiler sind am wenigsten gegen Terrorangriffe geschützt. Bei vorliegenden Erkenntnissen über drohende Gefährdungen durch Anschläge müssen auch die anderen Atomkraftwerke schnellstmöglichst abgeschaltet werden. Mit uns wird es keine Laufzeitverlängerung geben. Aufgrund der ungelösten Endlagerfrage für den Atom Müll wollen wir die betrieblichen Rückstellungen der Betreiber für die Entsorgung und den Rückbau der Reaktoren in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführen. Der Versuch der Atomwirtschaft, Gorleben als Endlager durchzudrücken, wird scheitern. Der Skandal um das mit nuklearer Lauge vollgelaufene Testlager Asse illustriert die Risiken und ungelösten Probleme der Endlagerung und das verantwortungslose Agieren der Atomwirtschaft. Die politischen Versäumnisse müssen in einem Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden. Die Asse war der Prototyp für Gorleben. Mit ihm sowie dem Lager Morsleben sind bereits zwei Endlager im Salz gescheitert. Den Standort Gorleben halten wir auch aus geologischen Gründen für ungeeignet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suchen ein Endlagersuchgesetz für ein ergebnisoffenes Suchverfahren der öffentlichen Hand mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung; eine Vorfestlegung wie bei Schacht Konrad darf sich nicht wiederholen. Das Konzept der Nichtrückholbarkeit soll überdacht werden. Durch den Vergleich mehrerer Standorte muss der bestgeeignete geologische Ort zur Aufnahme des Millionen Jahre strahlenden Atom Mülls gefunden werden. Wir wollen die betrieblichen Rückstellungen der Betreiber für die Entsorgung und den Rückbau der Reaktoren in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführen, dessen Mittel nach ambitionierten Nachhaltigkeitsstandards angelegt werden. Aus diesem muss auch die Endlagersuche finanziert werden. Wir wollen eine Brennelementesteuer einführen, um ungerechtfertigten Profite abzuschöpfen und der Atomwirtschaft Kosten der Atomenergie aufzuerlegen.

Die Sonderrechte und Subventionen für die Atomindustrie müssen endlich abgeschafft werden. Die Begrenzung der Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke ist nicht akzeptabel. Zusätzlich

zum Sozialen- und Gesundheitsrisiko trägt die Bevölkerung aktuell auch 99% des finanziellen Risikos einer Atomkatastrophe. Wer den Ausstieg will, muss GRÜN wählen. Und sollte so schnell wie möglich zu einem Öko-Stromanbieter wechseln.

... und ohne neue Kohlekraftwerke!

Die Wende zu einer klimafreundlichen und schadstoffarmen Energiepolitik gelingt nicht mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke. Neue Kohlekraftwerke blockieren ebenso wie eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien und der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung. Es ist eine teure Energieverschwendung zu Lasten von Verbrauchern und Klima, neue Großkraftwerke zu bauen, die mehr als die Hälfte der Energie nutzlos an die Umgebung abgeben.

Deswegen ist es falsch, dass die Bundesregierung neue Klimakiller mit Steuermilliarden subventionieren will. Selbst die heute wirksamsten Kohlekraftwerke sind für das Erreichen der zugesagten deutschen Klimaziele nicht geeignet. Wir GRÜNE stehen an der Seite der Bürgerinitiativen und Umweltverbände, die an vielen Orten gegen den Neubau von gesundheitsgefährdenden Kraftwerken kämpfen. Wir lehnen den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke ab. Die CCS-Technik ist ein ungedeckter Scheck. Das von der großen Koalition vorgelegte Gesetz zur CCS-Technologie lehnen wir ab, wir wollen keine CO₂-Endlagerexperimente zu Lasten nachfolgender Generationen und zukünftiger Nutzungen.

Derzeit haben die zuständigen Behörden keine juristische Handhabe, den Bau von Kohlekraftwerken aus Klimaschutzgründen zu verhindern. Das ist eine Lehre der Auseinandersetzung um das Kraftwerk Moorburg. Wir wollen das Genehmigungsrecht für Kohlekraftwerke so reformieren, dass ein hoher elektrischer Mindestwirkungsgrad für neue Kraftwerke gesetzlich vorgeschrieben wird. Das bedeutet, dass in der Übergangszeit nur noch moderne und effiziente Gaskraftwerke gebaut werden können.

Wärme muss bezahlbar bleiben

Rund ein Drittel der Energie wird in Deutschland in Gebäuden verbraucht. Wir wollen eine Energiespar-Offensive starten, um die Energiekosten und damit die „zweite Miete“ zu senken. In Altbauten kann der Wärmeverbrauch durch Dämmung und effiziente Heiztechnik leicht halbiert werden. Energieeffiziente und gesunde Wohngebäude sollen auf dem Wohnungsmarkt zum Normalfall werden.

Wir wollen einen Anspruch auf energetische Sanierung und einen fairen Ausgleich zwischen Mieter und Vermieter. Die Belastungen für Mieter aus Energiesparmaßnahmen wollen wir streng begrenzen und Mietern ein Mietminderungsrecht einräumen, wenn Vermieter ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur energetischen Sanierung nicht nachkommen. Für Vermieter wollen wir ein umfassendes Finanzprogramm für die energetische Gebäudesanierung, das auch direkte Zuschüsse bietet. Wir werden verhindern, dass finanziell überforderte Hausbesitzer und Mieter mit unsanierten Wohnungen zurückbleiben.

Durch das Klimapaket von CDU/CSU und SPD kommt die energetische Sanierung der Gebäude nur im Schneckentempo voran. Wir wollen das Tempo bei Wohngebäuden mindestens verdoppeln. Wir wollen erneuerbare Wärme stärker fördern, um die Abhängigkeit von Öl und Erdgas zu verringern. So schaffen wir stabilere Wärmepreise und leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Mit einem Energiesparfonds, der jährlich mit mindestens 2 Mrd. EUR ausgestattet wird, wollen wir besonders finanziell Schwächeren helfen, Strom und Wärme einzusparen und so die Energiekosten zu senken. Wir wollen Programme zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden

in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte und zum Austausch teurer und umweltschädlicher Stromheizungen finanzieren. Die Effizienz von Heizungsanlagen muss optimiert und der Einsatz Erneuerbarer Energien und von Abwärme verpflichtend werden.

Das grüne Energieeffizienzpaket

Über Energieeffizienz wurde in den letzten vier Jahren viel geredet – passiert ist fast nichts. Der Stromverbrauch steigt immer noch jährlich weiter an. Dabei ist klar: Jede eingesparte Kilowattstunde spart Kosten und schont das Klima. Und bringt gerade für Einkommensschwache wichtige Einsparungen. Wir werden Energieeffizienz zu einem Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit machen.

Solange Energieversorgungsunternehmen daran verdienen, dass mehr Energie verbraucht wird, haben sie keinen Anreiz, dass ihre KundInnen Energie einsparen. Wir wollen, dass die Versorgungsunternehmen zu Energie-Dienstleistern werden, die nicht durch Masse, sondern durch Klasse verdienen. Durch ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz werden wir den Energieverbrauch deutlich reduzieren. Für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und ihren Anteil bis 2020 an der Stromerzeugung auf 30% erhöhen (Quotenmodell).

Wir Grüne setzen auf einen dynamischen Effizienzstandard, bei dem die energiesparendsten Haushaltsgeräte den Standard vorgeben, den künftig alle Anbieter einhalten müssen (Top-Runner-Modell). Eine bessere Energieberatung und klare Energieverbrauchskennzeichnung und strenge Vorgaben für den maximalen Energieverbrauch sollen Verbraucherinnen und Verbraucher den Kauf von sparsamen Geräten erleichtern. Die öffentliche Hand muss zum Vorreiter bei der Beschaffung energiesparender Produkte und Dienstleistungen werden, und damit die Durchsetzung sparsamer Geräte auf dem Markt fördern. Auch die Informationsgesellschaft belastet die Umwelt mittlerweile erheblich. Wir setzen daher auf die "Grüne IT". Wir wollen Privathaushalte und Unternehmen ermutigen ihre technische Infrastruktur ökologischer zu gestalten.

Nachhaltige Stadt – Nachhaltige Region

Unser Leitbild ist die kompakte europäische Stadt mit einer Vielfalt von Wohnen, Arbeiten, Kultur und Erholung in gemischter Nutzung und Bebauung. Wir wollen familienfreundliches und altengerechtes Wohnen stärken und insbesondere sozial benachteiligte Stadtquartiere aufwerten.

Wir brauchen nachhaltige Städte und Regionen, deren Infrastrukturen an den Klimawandel angepasst werden müssen. Darum sind integrierte kommunale Klimaschutzkonzepte gefordert mit klaren Zielvorgaben zur CO₂-Reduktion. Dies wollen wir mit einer Bundesinitiative für eine „Grüne Stadtentwicklungspolitik“ unterstützen.

Um den Kommunen mehr Handlungsspielraum beim Klimaschutz zu ermöglichen, wollen wir insbesondere das Baugesetzbuch und das Vergaberecht reformieren und so u.a. Vorgaben für Energiestandards und die Nutzung erneuerbarer Energien rechtlich absichern.

Freie Fahrt für gerechte und ökologische Mobilität

Wir brauchen eine neue Kultur der Mobilität. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß im europäischen Verkehrssektor nach neuesten Zahlen um 36 Prozent gestiegen; im Luftverkehr hat er sich sogar verdoppelt. Lärmbelästigung und Luftverschmutzung gefährden die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger (siehe dazu auch den Abschnitt Umwelt und Gesundheit). In Städten und auf

vielen Autobahnen ist das Auto kein Symbol für Freiheit mehr sondern eher für Stillstand und Stress. Andererseits ist eine gesellschaftliche Teilhabe ohne Auto vielerorts kaum möglich. Eine mobile Gesellschaft braucht nicht neue Straßen, sondern neue Wege.

Grüne Verkehrspolitik setzt auf Vermeidung unnötiger Transporte, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel und auf konsequent umwelt- und klimaschonende Verkehrstechnik. Wir wollen Lebensqualität, die nicht nur hinter dem Lenkrad, sondern auch auf den Gehsteigen, Fahrradwegen und in öffentlichen Verkehrsmitteln zu finden ist. Mit unserem Programm „Vision Zero“ wollen wir den Straßenverkehr sicherer machen mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu reduzieren.

Wir wollen Kostenwahrheit im Verkehr erreichen: Umwelt- und Gesundheitskosten müssen den Verursachern und nicht der Allgemeinheit angelastet werden. Mit einem ganzheitlichen Bundesmobilitätsplan wollen wir den straßenbaufixierten Bundesverkehrswegeplan ablösen. Regionale Straßen- und Schienennetze des Bundes sollen vorher auf die Länder übergehen. Grüne Verkehrspolitik schafft neue Arbeit für Mobilitätsdienstleistungen, Verkehrs- und Fahrzeugtechnik. Die weltweite Nachfrage nach diesen Zukunftskonzepten stärkt die deutsche Wirtschaft.

Wir setzen uns für eine grüne Logistik ein. Die wachsende Lkw-Lawine wollen wir nach dem Vorbild der Schweiz über wirksame Lenkungsabgaben und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene eindämmen. Dazu muss die Lkw-Maut weiterentwickelt werden und zukünftig auch die externen Umweltkosten berücksichtigen sowie auf kleinere Lkw und das gesamte Straßennetz ausgedehnt werden. „Monstertrucks“ lehnen wir ab. Bei der Bahn wollen wir zusätzliche Kapazitäten vor allem im Hafenhinterlandverkehr sowie im Kombinierten Verkehr und mit mehr Gleisanschlüssen schaffen. Die Binnenschifffahrt auf Flüssen und Kanälen wollen wir fördern, wenn sich die Schiffe den Flüssen anpassen. Zerstörerische Flussausbauten und die überflüssige feste Fehmarnbeltquerung lehnen wir ab. Wir setzen uns für eine arbeitsteilige Kooperation unter den Seehäfen und für die Senkung der Schadstoffbelastung aus der Seeschifffahrt ein. Die Seeschifffahrt soll in den CO₂-Emissionshandel einbezogen werden.

Eines der klima- und umweltfreundlichsten Verkehrsmittel über längere Distanzen ist und bleibt die Bahn. Um den Umweltvorteil noch auszubauen, sollen Schienenstrecken weiter elektrifiziert werden und der Bahnstrom schrittweise auf Ökostrom umgestellt werden. Es ist unser Ziel, innerhalb von 10 Jahren den Verkehrsanteil der Schiene zu verdoppeln.

Um die Deutsche Bahn für den Börsengang fit zu machen, hat in den vergangenen Jahren im Fernverkehr ein Rückzug der Bahn aus vielen Regionen stattgefunden. Wir wollen stattdessen eine kundenfreundliche Bahn, die in einem bundesweiten ‚Deutschlandtakt‘ Städte und Regionen durch qualitätsvolle Fernverkehrszüge miteinander verbindet. Durch die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes im Fernverkehr und bessere Fahrgastrechte wollen wir Bahnfahren günstiger und verlässlicher machen.

Die Bahn ist für die Menschen da und nicht für die Börse! Mit uns bleibt die Eisenbahninfrastruktur dauerhaft in öffentlicher Hand, wird in eine unabhängige Gesellschaft überführt und stärker durch die Bundesnetzagentur reguliert. Der Fernverkehr findet zukünftig in öffentlicher Verantwortung statt.

Wir setzen auf flächendeckenden Kapazitätsausbau und Beschleunigung der Bahn mit besserem Lärmschutz statt auf teure Prestigeprojekte. Bundesmittel für neue Straßen wollen wir verstärkt in den Ausbau der Schiene lenken. Die Kürzungen des Bundes der vergangenen Jahre für den Regionalverkehr auf der Schiene und den öffentlichen Verkehr wollen wir rückgängig machen. Für mehr und besseren Verkehr mit Bahnen und Bussen wollen wir zusätzlich zwei Mrd. Euro einsetzen. Wir werden einen Wettbewerb „100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“ starten, mit welchem wir den Umweltvorteil des ÖPNV gegenüber dem Auto ausbauen wollen.

Damit alle Menschen mobil sein können, wollen wir den öffentlichen Verkehrsraum und den ÖPNV barrierefrei machen. Mit uns bleibt die Eisenbahninfrastruktur dauerhaft in öffentlicher Hand, wird in eine unabhängige Gesellschaft überführt und stärker durch die Bundesnetzagentur reguliert.

Den Nahverkehr mit Bussen und Bahnen wollen wir überall zu einer echten qualitätsvollen Alternative ausbauen. Auch in ländlichen Regionen muss Bewegungsfreiheit und Teilnahme am öffentlichen Leben ohne Abhängigkeit vom eigenen Auto möglich sein. Der öffentliche Verkehr muss daher auch dort ein verlässliches Angebot bieten, kombiniert mit zusätzlichen Angeboten, wie Bürger- und Rufbussen. Der Schülerverkehr muss durch eine bessere Finanzausstattung sicherer und attraktiver werden.

Mit fairen Preisen und intelligenter Vernetzung von Verkehrsmitteln tragen wir auch zur sozialen Integration bei und wollen den Bedürfnissen von jung und alt gleichermaßen Rechnung tragen. Wir wollen daher auch die Voraussetzungen für die Einführung von Sozialtickets schaffen. Die kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn, Taxi und Car Sharing in der Stadt der kurzen Wege, die mit wenig Autoverkehr auskommt, ist unser Ziel. Straßen sollen wieder zum Ort der Begegnung werden und Quartiere verbinden anstatt sie zu zerschneiden. Neue innerstädtische Autobahnen wie die Verlängerung der A 100 in Berlin lehnen wir daher entschieden ab.

Wir wollen Städte und Gemeinden unterstützen, die den Autoverkehr eindämmen wollen. Dazu wollen wir Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit mit Ausnahmen für Hauptverkehrsstraßen einführen. Gemeinschaftsstraßen („Shared Space“) wollen wir mit Modellprojekten unterstützen und die Voraussetzungen für Car-Sharing im öffentlichen Straßenraum und für City-Maut-Modelle schaffen.

Wir wollen den nationalen Radverkehrsplan mit Leben füllen und fortschreiben. Dazu gehören eine fahrradfreundlichere Straßenverkehrsordnung, finanzielle Anreize für Fahrradstationen an Bahnhöfen oder auch die Ermöglichung der Fahrradmitnahme im ICE.

Das riesige Wachstum des klimaschädlichen Flugverkehrs zum Taxitarif ist vor allem durch die heutige massive Subventionierung des Flugverkehrs möglich geworden. Der in der EU beschlossene Emissionshandel für den Luftverkehr muss effektiv ausgestaltet werden. Wir wollen die Steuerprivilegien bei der Energiebesteuerung (Kerosinsteuer) und bei Auslandsflügen (Mehrwertsteuer) beenden und eine Flugticketabgabe einführen. Anstelle des konkurrierenden Ausbaus immer mehr Regionalflughäfen wollen wir eine bundesweite Flughafenkonzepktion. Staatliche Subventionen für Flughafenaus- oder Neubauten lehnen wir ab. Die Bundesregierung muss hier mit gutem Beispiel voran gehen. Noch immer produzieren allein die Shuttle-Flüge zwischen Bonn und Berlin jährlich 20.000 Tonnen CO₂.

Grüne Autos mit Zukunft

Die deutsche Autoindustrie hat die klimafreundliche Entwicklung aktiv blockiert das rächt sich jetzt. Denn Nutzung und Wachstum der weltweiten Autoflotte ist nur dann sozial und ökologieverträglich möglich, wenn Verbrauch und Emissionsausstoß massiv gesenkt werden. Die große Koalition hat es nicht einmal geschafft, in die sogenannte „Abwrackprämie“ eine Klimakomponente einzubauen, sondern auch den Kauf z.B. von Gelände- und Sportwagen mit 2.500 Euro prämiert. Nur wer mit umweltverträglichen Autos auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Autos in Deutschland vom Band rollen. Sofern Hilfen für die Automobilindustrie gewährt werden, müssen diese mit ökologischen Kriterien verknüpft werden. Der durchschnittliche CO₂ - Grenzwert soll bis 2020 auf 80 g/km abgesenkt

sein und 2030 abermals deutlich darunter liegen. Die Privilegien für große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir bei der Kfz- und Dienstwagenbesteuerung streichen und sparsame Autos deutlich begünstigen. Wir wollen ein flächendeckendes Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen einführen, auch um das Wettrüsten um die stärksten Motoren zu beenden.

Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus erneuerbaren Energien ist annähernd klimaneutral, leise, schadstofffrei und löst unsere Abhängigkeit vom Öl. Wir wollen dafür sorgen, dass bis 2020 mindestens zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Dafür legen wir ein Marktanreiz- und Forschungsprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich auf aus dem u.a. ab dem 1.1.2011 ein jährlich sinkender Anschaffungszuschuss für Elektrofahrzeuge von anfangs bis zu 5.000 Euro zum Ausgleich der Mehrkosten für die Batterien finanziert wird, so wie es die USA, China, Großbritannien und Frankreich bereits beschlossen haben.

Vorreiter beim Klimaschutz

Weltweiter Klimaschutz ist nur mit einem neuen globalen Klimaabkommen zu haben. Mit dem politischen Wechsel in den USA besteht die Chance für einen historischen Wandel in der Klimapolitik. Aber Barack Obama wird eine ambitionierte Klimapolitik nur durchsetzen können, wenn Europa beweist, dass es den Klimaschutz ernst nimmt und eine Vorreiter-Rolle übernimmt. Und das geht nur, wenn Deutschland seiner Verantwortung in Europa gerecht wird. Aber wenn es drauf ankam, hat die schwarz-rote Bundesregierung den Klimaschutz, immer den Lobbyinteressen geopfert.

Wir Grüne setzen auf einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien weltweit und auf einen effektiven Emissionshandel. CO₂ braucht einen Preis, damit ein Umdenken stattfindet. Wer mit CO₂ verschmutzt, muss zahlen, wer das Klima schont, kann sparen. Deshalb sind wir dafür, die Emissionszertifikate grundsätzlich zu versteigern statt sie zu verschenken. Wir wollen, dass Klimaschutzpolitik zum ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft führt. Wir wollen nicht zulassen, dass Minderungsleistungen außerhalb von Deutschland oder Europa über die kritischen, sogenannten „flexiblen Mechanismen“ billig und unbegrenzt eingekauft werden können.

Ein neues Klimaabkommen muss auf einem gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd beruhen. Es muss die Verantwortung der Industriestaaten für den Klimawandel und das Menschenrecht auf Entwicklung anerkennen.

Deutschland als Industrieland hat in den letzten 100 Jahren erheblich zum Klimawandel beigetragen. Wir stehen zur unserer historischen Verantwortung und unterstützen den Ansatz der „Greenhouse Development Rights“. Dabei werden die Reichen aller Länder in die Reduktionsbemühungen einbezogen, während Menschen, die unter einer bestimmten Wohlstandsgrenze leben, das Recht auf nachhaltige Entwicklung ohne Minderungsverpflichtung haben. Wir wollen, dass die Industrieländer nicht nur ihren Ausstoß an Treibhausgasen konsequent verringern, sondern auch ihr geistiges (Wissenstransfer) und materielles Know-how für umweltfreundliche Technik umfassend zur Verfügung stellen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die nach Berechnungen von UNO und Weltklimarat dafür erforderlichen Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt werden.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... fördert erneuerbare Energien statt Atom, schmutzige Kohle und teures Öl.

- ... bekommt den Atomausstieg und die schnellstmögliche Stilllegung aller Atomreaktoren.
- ... macht Deutschland wieder zum Vorreiter im Klimaschutz, spart Energie und setzt sie effizienter.
- ... fördert die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips durch Preissysteme für Treibhausgase: Wer CO₂ erzeugt, zahlt.
- ... hilft, die Auswirkungen des Klimawandels auf ein erträgliches Maß zu begrenzen.
- ... stimmt für das Tempolimit und gegen Subventionen für Spritfresser
- ... setzt auf Bus, Bahn, Fahrrad und macht die Autoindustrie grün.